

---

Hasso Düvel

## Die IG Metall in den neuen Bundesländern

Wie war es, wie wird es?

---



*Hasso Düvel, geb. 1945 in Alberstedt (Sachsen-Anhalt), Ausbildung zum Maschinenschlosser in Hannover, war von 1990 bis 1995 Bezirksleiter des IG Metall-Bezirks Sachsen. Er ist seit 1995 Bezirksleiter des fusionierten Bezirks Brandenburg-Sachsen mit Sitz in Berlin.*

---

Als vor zehn Jahren die Mauer fiel, ging es uns von der IG Metall wie den meisten Menschen in der Bundesrepublik: Wir standen überrascht vor einer völlig neuen Situation. Was ist zu tun, fragten wir uns. Denn die Lage in der damaligen DDR zeigte uns ein ständig neues Bild. Der Wille der Ostdeutschen, die nationale Einheit herzustellen, nahm unerwartet schnell Gestalt an. Die Ereignisse überschlugen sich: Nur knapp acht Monate nach der legendären friedlichen Revolution vom November 1989 wurde am 1. Juli 1990 die Wirtschafts- und Währungsunion vollzogen, am 3. Oktober war die staatliche Einheit perfekt: Die BRD hatte fünf neue Länder.

Das stellte uns vor enorme Herausforderungen. Galt es zunächst, die Kolleginnen und Kollegen in der IG Metall der DDR bei der Umstellung auf das für sie neue System zu unterstützen, mussten wir sehr bald mit fast täglich wechselnden Bedingungen Schritt halten und unsere Gewerkschaftsarbeit in Ostdeutschland dem anpassen. Als Konsequenz aus der Wiedervereinigung beschloss die ostdeutsche IG Metall 1990 ihre Auflösung und empfahl ihren Mitgliedern, in die IG Metall der Bundesrepublik einzutreten.

Die rasante politische Entwicklung hatte den Nachteil, dass dabei die Ansätze und Diskussionen über eine Reform der DDR-Gesellschaft vollkommen vom Tisch gefegt wurden. Damit war eine wirklich gute Chance vertan, diese Vorstellungen in eine Reform der Gesellschaft der Bundesrepublik einzubauen, die viele IG Metalller damals für wünschenswert hielten und bis heute anstreben.

Der Rückblick zehn Jahre später hat den Vorteil, Aspekte der Entwicklung seither zu betrachten. Wir erkennen, dass etliche unserer heutigen gesellschaftlichen Probleme vor der Einheit im Westen schon latent vorhanden waren und nun offen und ungelöst auf dem Tisch liegen. Insofern hat der Strukturbruch in Ostdeutschland die Entwicklung in den alten Bundesländern durchaus nachhaltig beeinflusst. Was meine ich damit?

1989 hatte die konservative Wende à la Kohl und Thatcher (wir erinnern uns: der Sozialstaat wurde als „soziale Hängematte“ diffamiert) ihren Höhepunkt bereits überschritten. In einem historischen Moment, als diese Politik in Westdeutschland vor der Abwahl stand, machten sich die konservativen Regierungsparteien die großen Hoffnungen der Neu-Bundesbürger auf die Segnungen der D-Mark und der sozialen Marktwirtschaft zunutze, um ihr politisches Mandat zu verlängern. Das vom damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) geprägte Bild von den „blühenden Landschaften“ steht dafür wie kein anderes. Parallel dazu bewirkte die rigorose Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt in den neuen Ländern einen wirtschaftlichen Kahlschlag, den niemand für möglich gehalten hätte und der den neoliberalen Kräften in der Gesellschaft breiten Raum schuf. „Ruinen schaffen ohne Waffen“ nannten wir dies. Ohne die beachtlichen Finanzmittel gering schätzen zu wollen, die für Sozialleistungen sowie die Förderung der Wirtschaft und der Infrastruktur in den Osten flossen, sehen wir als Hauptursache dieser Fehlentwicklung eine nicht ausreichende Sanierungsstrategie der Treuhand - und zwar sowohl auf volkswirtschaftlicher als auch auf betriebswirtschaftlicher Ebene. Als Folge dessen wurde ein Grundwert unserer Gesellschaft, nämlich Probleme immer im sozialen Konsens zu lösen, zunehmend zugunsten einer Mentalität des „Shareholder Value“ zurückgedrängt.

Wenn ich vor diesem Hintergrund die Arbeit der IG Metall in den neuen Bundesländern seit 1991 bewerte, hebe ich vier Säulen unserer Arbeit hervor:

- Der Aufbau einer Organisation, die Tarifverträge durchsetzen kann;
- die Politik zur Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen vorantreiben;
- den regionalen Dialog zur Stärkung der wirtschaftlichen Basis initiieren;
- für eine Arbeitsmarktpolitik kämpfen, die Massenarbeitslosigkeit als Folge eines Systemumbruchs in bisher ungekannter Dimension nicht tatenlos hinnimmt;
- eine (Flächen-)Tarifvertragsstruktur entwickeln, die sowohl den Anforderungen der Umbruchsituation als auch den künftigen Erfordernissen sich wandelnder Wirtschafts- und Betriebsstrukturen gerecht wird.

### **Eine neue IG Metall in Ostdeutschland**

Natürlich stand für uns alle Ende 1990, noch in Kooperation mit den Kolleginnen und Kollegen der IG Metall-Ost und ab dem 1. Januar 1991 in der jetzigen IG Metall, der Aufbau arbeitsfähiger Strukturen ganz oben auf der Tagesordnung. Binnen sechs Monaten bauten wir ein Netz von Verwaltungsstellen auf. Die IG Metall hat das nur geschafft - und das hebe ich ausdrücklich hervor-, weil erfahrene Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen aus dem Westen auf engagierte Kolleginnen und Kollegen aus dem Osten trafen, die für eine Zusammenarbeit offen waren, in ihren jeweiligen Betrieben akzeptiert wurden und keine Mühe scheuten, sich für gewerkschaftliche Belange einzusetzen.

Es erwies sich aber auch, dass gewerkschaftliche Interessenvertretung besonders schwer ist, wenn die Erfahrung und Routine im Umgang mit dem System der sozialen Marktwirtschaft fehlen. Dies und die theoretischen Grundlagen konnten wir nicht von einem Tag auf

den anderen abstrakt vermitteln und steckten deshalb auch manche Niederlage im Kampf um den Erhalt von Betrieben ein. Rückblickend müssen wir auch eingestehen, dass wir uns Anfang der neunziger Jahre überschätzt haben, was die voraussichtliche Entwicklung der Mitgliederzahlen ebenso wie der Beschäftigtenzahlen betraf. Wir hatten einen beträchtlichen Rückgang zu verkraften und mussten daraus Konsequenzen ziehen: 1995 fusionierten die IG Metall-Bezirke Berlin-Brandenburg und Sachsen zu Brandenburg-Sachsen mit einer gemeinsamen Bezirksleitung in Berlin. In diesem Bereich haben wir auch Verwaltungsstellen zusammengelegt. Ihre Zahl sank seit 1991 von 16 auf 14. Trotz dieser notwendigen Personaleinsparungen sehen sich die hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre vor gleich bleibend hohe Anforderungen gestellt, die sie zum einen gegenüber den Mitgliedern und zum anderen gegenüber der IG Metall als Organisation erfüllen müssen. An diesem Zustand - mehr Aufgaben mit weniger Leuten und bei sinkenden finanziellen Budgets erfüllen zu müssen - wird sich leider auch in den kommenden Jahren nicht viel ändern. Doch ordnen wir Umstrukturierungen innerhalb der IG Metall stets dem für uns wichtigsten Aspekt unter : aktions- und durchsetzungsfähig bleiben.

Dies ist für jedermann sichtbar vielfach vor Ort der Fall, dies haben wir in mehreren Tarifaueinandersetzungen ebenso bewiesen wie im Kampf um die Erhaltung von Betrieben und für eine aktive Sanierungspolitik. Geht es um eine aktive Arbeitsmarktpolitik, ist die IG Metall als Akteurin nicht wegzudenken. Ganz weit vorn standen wir auch, als es im Bundestagswahlkampf 1998 galt, den Wechsel hin zu einer neuen Politik zu unterstützen. Am Ende dieses Jahrtausends und ein Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung Deutschlands ist eine gerechtere Gesellschaft und die *Herbeiführung der sozialen Einheit* Deutschlands immer noch ein ungelöstes Problem und damit ein wichtiges Ziel unserer Arbeit. Ganz oben steht für uns, weiterhin die *Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen* an die im Westen anzumahnen und mit zu erkämpfen. Damit tragen wir nicht nur unserem solidarischen Selbstverständnis als IG Metall Rechnung. Das ergibt sich für uns ganz zwangsläufig aus dem „Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands“ und aus der Präambel unseres Grundgesetzes: „Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.“ Demnach kann es keine „Bürger 2. Klasse“ geben, als die sich viele Ostdeutsche heute noch fühlen.

Genau wie andere gesellschaftliche Gruppen und Verbände in der Bundesrepublik sehen auch wir uns in der Pflicht dafür zu wirken, dass Verfassung und Verfassungswirklichkeit nicht auseinander klaffen.

### **Regionale Dialoge zur Stärkung der wirtschaftlichen Basis**

Von 1990 an war die IG Metall eine wichtige Kraft im gesellschaftlichen Umbruch, und sie ist es bis heute geblieben. Denn der Umbruch schuf ein politisches Vakuum, in dem es an gesellschaftlichen Akteuren fehlte, die im Westen in Krisensituationen normalerweise den gesellschaftlichen Konsens herbeiführen - beispielsweise Abgeordnete der demokratischen Parteien, Landräte, engagierte Betriebsräte und Gewerkschafter - Männer und Frauen also, die sich dafür verantwortlich fühlen, dass es in ihrer Heimatregion aufwärts geht und die sich mit Missständen nicht abfinden. Solche Strukturen waren im Osten kaum vorhanden und entwickeln sich erst allmählich. Teilweise ist in den neuen Ländern noch heute die Grundeinstellung nicht gefestigt, dass nicht irgend ein Unternehmen nach Gutdünken handeln und seinen Willen allein durchsetzen darf, sondern dass alle Betroffenen einen Konsens

darüber aushandeln können und müssen. Ein gutes Beispiel für die Initiative und den Gestaltungswillen der IG Metall ist die „Stiftung Innovation und Arbeit“ in Sachsen. Die Stiftung organisiert heute in den Regionen den Dialog der Sozialpartner unter Beteiligung der öffentlichen Hand, um die inneren Potentiale der Regionen bei ihrer Entwicklungspotenziale zum Tragen zu bringen. Denn die Zeit der Großinvestitionen, mit denen auf einen Schlag viele neue Arbeitsplätze entstanden und (noch) vorhandene gesichert wurden, ist vorbei. Die Großunternehmen haben sich nun angesiedelt und eingerichtet - wie VW in Sachsen, Opel in Thüringen, Bombardier in Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt oder Siemens und AMD mit ihren Chipfabriken in Dresden. Was jetzt noch kommt, hat für die wirtschaftliche Zukunft Ostdeutschlands kaum noch flächendeckende Bedeutung. Umso bedeutender wird es daher sein, die kleinen und mittleren Unternehmen zu stützen und zu neuen Aktivitäten zu ermutigen - etwa, indem Kapitalrisikofonds aufgelegt werden.

Diese Politik muss durch eine *aktive Arbeitsmarktpolitik* ergänzt werden. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor ist (nicht nur) in Ostdeutschland unverzichtbar: das ist einfach ein Gebot der Vernunft, wenn einerseits knapp 1,5 Millionen Arbeitsplätze fehlen und andererseits viele öffentliche Aufgaben unerfüllt bleiben müssen, weil die Kommunen wegen finanzieller Engpässe dazu nicht in der Lage sind.

### **Tarifpolitik in einer Gesellschaft im Umbruch**

Seit Anfang 1990 arbeiteten die IG Metall der Bundesrepublik Deutschland und die neu konstituierte IG Metall der DDR eng zusammen. Unser Thema Nummer Eins war Tarifpolitik - etwas völlig Neues für die Beschäftigten in Ostdeutschland. Denn alles, was den Inhalt von Tarifverträgen ausmacht, wurde ihnen bis dahin staatlich verordnet und gewährt. Unter dieser Voraussetzung schien es uns schwierig, Inhalte von Tarifpolitik für den Osten zu formulieren, und noch schwieriger, diese durchzusetzen und dafür auch zu kämpfen. Wer bei Tarifverhandlungen auf der anderen Seite des Tisches sitzen würde, klärte sich im April und Mai 1990, als die Arbeitgeberverbände für die ostdeutsche Metall- und Elektroindustrie und die ostdeutsche Stahlindustrie gegründet wurden. In dieser Zeit bildeten sich auch die Tarifkommissionen der IG Metall, die dann auch gleich mit Forderungen in zentrale Verhandlungen gingen.

Die IG Metall-Ost verlangte als erstes eine pauschale Erhöhung der Löhne und Gehälter um 500 Mark. Das stieß sofort auf heftigen Widerstand der Arbeitgeber. Die Muster aus dem Westen entfalteten sich schnell. Auch bei den Beschäftigten: Schon während der zweiten zentralen Verhandlung über die Erhöhung der Löhne und Gehälter gab es in Ludwigsfelde Warnstreiks - die ersten Arbeitsniederlegungen in Ostdeutschland seit 1954.

Als Folge gab die IG Metall ihre Strategie auf, für die Metall- und Elektroindustrie auf dem Gebiet der damaligen DDR einen zentralen Tarifabschluss zu erreichen. Im Frühsommer 1990 wurden daher in Ostdeutschland die Tarifgebiete gebildet, wie sie heute noch bestehen. Im Ergebnis der nunmehr dezentralen Verhandlungen wurden die Löhne und Gehälter in der Metall- und Elektroindustrie um 350 Mark erhöht. Fast noch wichtiger war aber die zugleich erreichte Einigung über einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung - ein erster Meilenstein in der Tarifpolitik in Ostdeutschland. Die Vereinbarung nutzte alle Instrumente der Kurzarbeit und stellte sicher, dass in der Metall- und Elektroindustrie und der Stahlindustrie bis zum 30. Juni 1991 betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen waren. Damit war für Tausende Menschen in diesem Zeitraum das Einkommen zunächst gesichert.

Im Herbst 1990 einigten sich IG Metall und Arbeitgeberverbände in den fünf Tarifgebieten für die Metall- und Elektroindustrie sowie im Tarifbereich für die ostdeutsche Stahlindustrie, bis März 1991 die in Westdeutschland geltenden Tarifstrukturen zügig auf Ostdeutschland zu übertragen. Für den Stahlbereich sollten die Tarifstrukturen von Nordrhein-Westfalen gelten. Mit Abschluss dieses Prozesses standen auch die Tarifeinkommen zur Verhandlung an.

Im Frühjahr 1991 waren die Arbeitgeberverbände und ihr Dachverband Gesamtmetall von der politischen Notwendigkeit überzeugt, die Einkommen in der ostdeutschen Metall- und Elektroindustrie sowie in der Stahlindustrie an die in Westdeutschland heranzuführen. Ebenso bekannten sie sich zu Tarifverträgen als Ordnungsinstrumente im Wettbewerb der Unternehmen. Sie wollten diese nutzen, um nicht in Konkurrenzkämpfe durch Dumpinglöhne zu geraten, bei denen ständig einer den anderen unterbietet. So schlossen wir im März 1991 Stufentarifverträge für die ostdeutsche Metall- und Elektroindustrie sowie die Stahlindustrie ab. Vorgesehen war, die Tarifeinkommen für diese Branchen in vier Schritten bis 1994 auf Westniveau zu heben.

Das war ein richtiges Signal, zumal sich abzeichnete, dass sich auch das Preisgefüge für die Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland sehr schnell und unaufhaltsam dem der alten Bundesländer annäherte.

Sehr bald gingen die Arbeitgeberverbände aber zu ihren Positionen von 1991 auf Distanz. Anfang 1993 wurde deutlich, dass sie davon ganz abrücken wollten. Im Februar 1993 wagten sie einen in der Geschichte der Bundesrepublik bis dahin einmaligen Vorstoß. Sie präsentierten der IG Metall ein illegales Papier: die außerordentliche Kündigung des Stufentarifvertrags von 1991. Ihre Begründung: eine außergewöhnlich schlechte wirtschaftliche Lage.

Wir standen vor der Frage, gerichtlich dagegen vorzugehen oder eine politische Lösung herbeizuführen. Im April 1993 scheiterten sämtliche Verhandlungen mit den Arbeitgebern, die Stufentarifverträge wieder in Kraft zu setzen. Wir entschieden uns für Kampf. Nach Urabstimmungen wurde der Streik für das Tarifgebiet der Metall-/Elektroindustrie in Sachsen und in der ostdeutschen Stahlindustrie beschlossen.

Am 3. Mai 1993 begann der erste flächendeckende Arbeitskampf in Ostdeutschland. Er dauerte in der Metall- und Elektroindustrie drei Wochen und in der Stahlindustrie dreieinhalb Wochen. Die Kraftprobe hat sich gelohnt: Wir haben den Stufentarif gerettet und damit das Prinzip, dass die Tarifeinkommen im Osten zu einem bestimmten Zeitpunkt das Niveau im Westen erreichen. Der neue Stufentarifvertrag sicherte die 100 Prozent West für das Jahr 1996. Darüber hinaus wurde eine Härtefallklausel vereinbart, auf die in Not geratene Betriebe bis heute zurückgreifen können. Wenn sie ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten nachweisen können und die Zustimmung der Tarifparteien erhalten, dürfen sie die Regelungen des Tarifvertrags für begrenzte Zeit unterschreiten. Diese Regelung wurde in den folgenden Jahren mehrfach angewendet. Sie erwies sich als praktikables Ventil, um vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen echten wirtschaftlichen Druck zu mindern, Betriebe zu erhalten und damit Arbeitsplätze zu sichern.

Nach Erreichen der 100-Prozent-Stufe erwies sich ein weiteres Mal, dass die Arbeitgeber ihre Strategie nicht aufgegeben hatten, Ostdeutschland von der Tarifentwicklung im Westen abzukoppeln. Prompt nutzten sie die nächste sich bietende Gelegenheit: Zu Jahresbeginn 1997 weigerte sich der Arbeitgeberverband Stahl Ost, den gerade vereinbarten Abschluss für die Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen zu übernehmen. Auch nachdem die IG Metall in einer freiwilligen Schlichtungsverhandlung nachwies, dass die Stahlunternehmen im Osten sogar produktiver sind als vergleichbare Betriebe im Westen, rückten sie von ihrer Verweigerungshaltung

nicht ab. Wie 1993 stand auch hier die Absicht dahinter, Ostdeutschland dauerhaft als Billiglohnland zu etablieren. Wenn man so will, bekannnten sie sich tatsächlich zu einer Übertragung, nach dem Motto: Tarifdumping im Osten vorexerzieren und dann auch im Westen durchsetzen. Aber die IG Metall konnte das abwehren: Eine Urabstimmung in der ostdeutschen Stahlindustrie ließ keinen Zweifel aufkommen, dass die IG Metaller sich nicht zu Beschäftigten zweiter Klasse herunter stufen lassen und streiken würden. Drei Tage vor Beginn eines Arbeitskampfes lenkten die Arbeitgeber ein und übertrugen die Tarifergebnisse von Nordrhein-Westfalen auf Ostdeutschland.

Der nächste Streich folgte 1998, als der Verband der Sächsischen Metall- und Elektroindustrie (VSME) einen Gefälligkeits-Tarifvertrag mit der so genannten Christlichen Gewerkschaft Metall abschloss - einer Vereinigung ohne Mitglieder, die Streiks ablehnt und somit nicht in der Lage ist, tarifliche Regelungen durchzusetzen, welcher Art sie auch sein mögen. Entsprechend kompliziert erwies sich die Umsetzung dieses „Tarifvertrags“, der faktisch bis heute von den Unternehmen kaum angewendet wird.

Im September 1998 handelte die IG Metall mit Gesamtmetall einen Konsens aus, wonach die Tarifeinkommen in der Metall- und Elektroindustrie sowie für den Stahlbereich in Ostdeutschland künftig dauerhaft an die im Westen angekoppelt werden. Das heißt: Tarifierhöhungen in den alten Bundesländern werden auf die neuen übertragen. Aus den Erfahrungen der zurückliegenden zehn Jahre stellen wir uns trotzdem auf neue Kämpfe ein. Die Arbeitgeber werden immer aufs Neue versuchen, getroffene Vereinbarungen wieder einzukassieren. Wir werden dies auch künftig abwehren und Gegenmacht sein, wenn auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den neuen Ländern Sonderprofite eingefahren werden sollen.

### **Profil und Präsenz in Ostdeutschland**

Betrachten wir heute die Lage in den neuen Bundesländern, kann es keinen Zweifel geben, was in den kommenden Jahren unser Thema Nummer Eins ist: die Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen an die in Westdeutschland. Wenn diese Aufgabe nicht als gesamtdeutsches Projekt verstanden und erfüllt wird, kann die Mauer in den Köpfen, die so viele Menschen beklagen, niemals verschwinden. Dabei gibt es für die Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen im Osten und im Westen viel zu tun.

In Ostdeutschland gilt es, die eingangs geschilderten Schwerpunktaufgaben weiter voranzutreiben. Das heißt: Die Erhöhung der Tarifeinkommen muss weiter an die Entwicklung im Westen angekoppelt bleiben. Grundmotiv unserer Bemühungen dabei muss der politische Wille zur Angleichung sein. Die Metaller und Metallerinnen in Ost und West dürfen sich nicht in die Irre führen und spalten lassen, indem sie scheinbar logischen und zwingenden Argumenten folgen, die eine angeblich schlechtere Arbeitsproduktivität oder Wirtschaftslage im Osten als Begründung dafür benutzen, die neuen Länder als Billiglohngebiete der Bundesrepublik zu etablieren.

Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR sind mehr Industriepotenziale zerschlagen worden, als wir voraussehen konnten. Nach einigen Großinvestitionen stehen wenige Leuchttürme in der ostdeutschen Landschaft und viel mehr werden nicht hinzukommen. Also müssen wir besonders im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen alle innovativen Kräfte bündeln, um zum Beispiel in Verbänden neue Produkte und Verfahren zu entwickeln, mit denen Marktnischen erobert werden können. Dazu wollen wir überall und stärker als bisher den

regionalen Dialog - den Dialog mit Männern und Frauen, die sich für die Entwicklung ihrer Region verantwortlich fühlen und diese gemeinsam mit uns über ideologische Schranken hinweg vorantreiben wollen.

Das Ungleichgewicht von Ost und West wird nur beseitigt, wenn die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern nachhaltig abgebaut wird. Dazu brauchen wir dringend und dauerhaft einen Sektor öffentlich geförderter Arbeit, der zur Aufgabe hat, soziale Dienste weiterzuentwickeln, die immer noch vorhandenen großen Defizite bei Umweltschutz und -pflege in Ostdeutschland zu beseitigen, die Infrastruktur auszubauen und so weiter. Denn es macht keinen Sinn, dass so viele Menschen zur Untätigkeit verdammt sind und auf der anderen Seite sehr viel Arbeit liegen bleiben muss, weil die Kommunen knapp bei Kasse sind.

Gewerkschaftern in Westdeutschland möchte ich zu bedenken geben, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse nicht nur ein Kampffeld für die in Ostdeutschland Tätigen ist, sondern nach wie vor auch in ihrem ureigenen Interesse liegt. Wir wissen genau, dass wir für die Arbeitgeber ein Exerzierfeld sind, um Mechanismen auszuprobieren, mit denen die Deregulierung durchgesetzt werden kann, mit denen gewerkschaftsfreie Zonen geschaffen werden können, mit denen Flächentarifverträge auszuhebeln sind.

Wir wissen, dass wir hier keinen Zentimeter an Boden preisgeben dürfen. Wissen aber auch genügend Gewerkschafter im Westen, dass wir auf Eure Solidarität in Wort und Tat angewiesen sind? Niemand im Westen sollte glauben, dass das Thema Ost als Extra abgehandelt werden kann. Denn wenn der Damm bei uns bricht, wenn der Osten zum Hinterhof Deutschlands wird, werden die Arbeitgeber unweigerlich das niedrigere Tarif- und Lebensniveau zum Standard auch für den Westen machen wollen. Dann könnten wir im Handumdrehen auch eine ganz andere Republik bekommen, in der die Großkonzerne diktieren, wo es langgeht. Und wie ungeheuer schnell sich politische Bedingungen in Deutschland manchmal ändern, haben wir im zurückliegenden Jahrzehnt nun zur Genüge erfahren.